

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

88 (14.4.1919)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Posthalter monatl. 1,80 M., vierteljährl. 5,00 M., halbjährl. 9,00 M., durch unsere Träger monatl. 1,40 M., vierteljährl. 4,20 M., durch die Post 1,44 M. bezw. 4,32 M. vorauszahlbar.

Anzeige: Verlag mittags; Geschäftszeit: 1/28-1/41 und 2-1/48 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 7spalt. Kolonelleise od. deren Raum 25 A., zuzügl. 20 % Teuerungszuschl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmefrist 1/29 vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gsch & Cie., Karlsruhe.

Resultat d. Volksabstimmung in Baden.

Gestern fand im ganzen Lande die Volksabstimmung über die von der badischen Nationalversammlung beschlossene Verfassung statt und auch darüber, ob die Nationalversammlung als Landtag weiterbestehen soll. Beide Fragen wurden vom abstimmenden Volke mit großer Majorität bejaht.

Für Frage 1 (Annahme der Verfassung) stimmten:
355 000 mit Ja
20 000 mit Nein

und für Frage 2 (Soll die Nationalversammlung als Landtag weiterbestehen?) stimmten:
355 000 mit Ja
21 000 mit Nein.

Das Resultat der Bezirke Konstanz und Rastatt zeigt noch aus, dürfte aber an dem Gesamtergebnis nichts ändern.

Das Resultat in den größeren Städten ist folgendes:

Karlsruhe: Frage 1: 22 355 mit Ja, 2479 mit Nein.
Frage 2: 22 418 mit Ja, 2368 mit Nein.

Mannheim: Frage 1: 29 103 mit Ja, 4375 mit Nein.
Frage 2: 29 070 mit Ja, 4352 mit Nein.

Pforzheim: Frage 1: 10 182 mit Ja, 430 mit Nein.
Frage 2: 10 134 mit Ja, 423 mit Nein.

Freiburg: Frage 1: 27 032 mit Ja, 918 mit Nein.
Frage 2: 26 872 mit Ja, 986 mit Nein.

Heidelberg: Frage 1: 16 521 mit Ja, 1197 mit Nein.
Frage 2: 15 497 mit Ja, 2163 mit Nein.

Durlach: Frage 1: 2696 mit Ja, 441 mit Nein. Frage 2: 2689 mit Ja, 430 mit Nein.

Die Räterepublik in München gestürzt

Berlin, 12. April. (Privatmeldung.) In München ist nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ die Räterepublik gestern mit Waffengewalt gestürzt worden.

Aus München berichtet das „Berl. Tagel.“: Noch in der dem Sturz vorangehenden Nacht hatte eine Kommissionsversammlung die Enteignung aller Wohnungen zum Beschluß erhoben. Laut „Berl. Tagel.“ hatten Leber und Gen. nach am Samstag abend die Verbrüderung mit Rußland und Ungarn sowie den Krieg mit Preußen in großen Versammlungen verkündigt. Wie der „Berl. Lokalanzeiger“ berichtet, vollzog sich der Sturz der bayerischen Räterepublik in solcher Weise, daß die Münchener Bevölkerung erst in der Frühe um 6 Uhr durch Plakate des Garnisonrats Kenntnis von dem Umsturz erhielt. — Leber hält sich genau so wie Landauer verborgen. Er ist unter Mithilfe von 2 Millionen Mark Staatsgeldern nach der Schweiz geflohen. Ferner nahm eine revolutionäre Verfassungskommission noch in derselben Nacht, in der der Sturz der Räterepublik erfolgte, für gerliche Geiseln fest, darunter die Großkapitane Horn und Menckelsohn, sowie den Chefredakteur Müller, den General Martini und zwei Radikaldirektoren. Die Kommission entführte sich in der Polizeidirektion, wo sie mit Bereitwilligkeit aufgenommen und dann verhaftet wurde.

München, 13. April. Eine Meldung des J. N. A. aus München besagt: Garnison München hat sich gegen den Generalkommandanten, Garnison erzieht Militärbitratur und tritt für Ministerium Hoffmann ein. Mission zur Zurückgewinnung der Hauptstadt ist eingeleitet, verläßt gänzlich. Minister des Innern der Räterepublik Dr. Levy wurde in eine Fremdanstalt gebracht. Dr. Leber ist geflüchtet. Die Spitze der Regierung, unter ihnen Landauer, Wagner und Mähfäm, sind verhaftet worden. Im ganzen sind 16 Personen verhaftet.

168 501 gestern. In der gestrigen Frühsticht, Mittags- und Nachsticht belief sich die Gesamtzahl der Streikenden auf 300 186 gegenüber 307 205 am vorhergehenden Tage. Im allgemeinen herrschte am heutigen Morgen Ruhe.

Die Schuld an den Unruhen.

Der Untersuchungsausschuß der preussischen Landesversammlung, der fleißig an der Arbeit ist, um Urachen und Verlauf der letzten Unruhen festzustellen, nahm heute Berichte über die Entstehungsgeschichte der Berliner Januar-Unruhen entgegen. Es entrollte sich vor den Kommissionsmitgliedern ein wahrhaft erschütterndes Bild. Herr Eichhorn wurde festgehalten als Dieb, Eindringler und Verführer. Seit dem 11. November hat er Waffen zum Kampf gegen die Regierung (Ebert-Haase) ausgeteilt. Seine Trabanten, für die er Millionen verpenndet hat, ohne daß bis heute eine Möglichkeit der Kontrolle bestünde, haben überall gehauet wie Banden und Schweine. Das beigebrachte Lafadenmaterial war so überwältigend, daß das unabhängige Kommissionsmitglied nichts anderes zu sagen wußte als: „Ich muß zugeben, daß die Zustände unter Eichhorns Sicherheitswehr ganz unerträglich geworden waren.“ Und für diese unerträglich Zustände haben die Unabhängigen 179 Menschen in den Tod geschickt und zugleich durch die von ihnen angestifteten Januar-Unruhen die soziale Arbeit in der Nationalversammlung unmöglich gemacht. Das sind wahrhaft schreckliche Verbrechen am deutschen Volk und an der deutschen Arbeiterkraft.

Schweizer Generalstreikprojekt.

Bern, 11. April. Im Generalstreikprojekt wurde gestern Nachmittag das Urteil gefällt. Sieben Angeklagte wurden freigesprochen. Redakteur Noos aus Zürich erhielt 4 Monate Gefängnis, Gemeinderat Grimm-Bern, Redakteur Schneider-Basel und Nationalrat Platten z. St. in Aargau je sechs Monate Gefängnis.

Rücktritt Schiffers.

Berlin, 11. April. (M. B.) Nichtamtlich. Reichsfinanzminister Schiffer hat sein Entlassungsgesuch eingereicht. Die Einreichung des Abschiedsgesuchs liegt bereits einige Zeit zurück und erfolgte wegen Meinungsverschiedenheiten grundsätzlicher Art, die bei der Aufstellung des Etats jutage traten. Die Verhandlungen, um den Minister zum Weichen zu bewegen, führten leider nicht zum Ziel. Jedoch erklärte sich Schiffer auf Wunsch des Präsidenten des Reichsministeriums bereit, die Geschäfte bis zur Ernennung seines Nachfolgers weiter zu führen.

Die Vorbereitung des Friedens.

Bern, 12. April. Die Pariser Ausgabe des „Daily Mail“ betont, es herrsche allgemein die Ansicht, daß man den deutschen Delegierten Gelegenheit geben werde, die ihnen vorgelegten Friedensbedingungen zu erörtern. Sie sollen auch nicht veröffentlicht werden, solange sie nicht den deutschen Delegierten zur Kenntnis gegeben worden sind. — Eine Pariser Meldung des „Progres de Lyon“ meldet, die sozialistische Kammergruppe habe beschlossen, demnächst eine große Aktion zugunsten des Friedens zu unternehmen. — Nach einer New Yorker Meldung geht sich in den amerikanischen Zeitungen wachsende Unzufriedenheit mit der Pariser Friedenskonferenz. Die Leitartikel der amerikanischen Zeitungen sollen durchweg pessimistisch gehalten sein.

Die Lage in Belgien.

Wie aus Paris gemeldet wird, hat Vanderhelde über die Lage in Belgien erklärt, daß das Land vor einer Katastrophe stehe. 7400 Arbeiter seien vollständig beschäftigungslos, jedoch der Staat ihnen, sowie ihren Familien, insgesamt 2400 000 Belonen, Unterstützungen zahlen muß. Sie erhalten 1 1/2 Francs pro Tag, was bei weitem nicht ausreicht, um sich zu ernähren. Nur die Kohlenindustrie konnte bisher wieder in Gang kommen. Sonst ist die ganze Industrie wegen des Landes durch die Invasion des Feindes stark geschädigt worden. Vanderhelde weist auf die dringende Notwendigkeit hin, Belgien schleunigst in tatkräftigster Weise zu unterstützen. Man müsse sonst befürchten, daß das Volk durch den Hunger zur Verzweiflung getrieben, zu Gewalttaten schreiten werde.

Er hat immer noch 80 Millionen.

Amerongen, 11. April. Einer Neutermeldung zufolge beschließt der Gemeinderat von Amerongen den früheren deutschen Kaiser mit 80 Millionen zu besteuern. Es heißt, daß der frühere Kaiser das große Gut „Mein-England“ gekauft habe. Der Kaiser und die Kaiserin befänden sich wohl. In Amerongen wurden schon Schutzmaßnahmen getroffen, da man Zwischenfälle befürchtet.

Achtstundentag in Norwegen.

Die Regierungsvorlage über Einführung des achtstündigen Arbeitstages in Norwegen ist jetzt von dem Amt für Sozialpolitik veröffentlicht worden. Der Storting soll die Beratung der Vorlage so beschleunigen, daß der Achtstundentag am 1. Januar 1920 in Kraft treten kann.

Die Lage in Bayern.

Bamberg, 12. April. (M. B.) Die heutige Nummer des „Frei-Staat“, des jetzigen Regierungsorgans, veröffentlicht folgende Bekanntmachung des Justizministeriums: Das Ministerium des Innern hat sich folgende Maßnahmen zu Gunsten der Arbeiter und Arbeiterinnen beschlossen: 1. Die Innenminister Segitz, Landwirtschaft Seginer, Handel und Industrie Segitz, Finanzminister in Vertretung Dr. Haller, Verkehrsminister i. B. Kalkbrenner, soziale Fürsorge i. B. Galtzinger, militärische Angelegenheiten Schreyerhorst und Justiz Endre s.

Berlin, 12. April. (M. B.) Um allen bisher in der Presse und durch Berichte über die politischen Zustände in Bayern erhaltene Mitteilungen zu bezeugen, wird von maßgebender Stelle darauf hingewiesen, daß in ganz Nordbayern absolut geordnete politische wirtschaftliche Zustände herrschen und daß dieser Teil Bayerns geschlossen hinter der Regierung Hoffmann steht, daß alle Befürchtungen wegen Sozialistengewalt vollständig unwichtig sind. Es ist natürlich notwendig, daß das über: Reich Bayern in jeder Beziehung durch Kohlenbelieferung, Rohstofflieferung und Lebensmittelzufuhr wie bisher unterstützt wird. Die Regierung in Bamberg und die von ihr mit der Regelung der wirtschaftlichen Verhältnisse beauftragte Demobilisierungsstelle für Nordbayern wird bezweigen können, daß das wirtschaftliche Leben ungehindert weiterläuft und daß vor allem in den bisherigen Beziehungen zum Reich keinerlei Änderungen eingetreten sind.

Zur Streiklage im Ruhrgebiet.

Bochum, 12. April. Die Konferenz der Vertrauensleute und des Aktionsausschusses des Deutschen Bergarbeiterverbandes beschloß mit 317 gegen 82 Stimmen die Wiederaufnahme der Arbeit unter folgenden Bedingungen: 1. Die siebenhunderttägige einschließliche Ein- und Ausfahrt für den einzelnen Mann unter Fortbezahlung der bisherigen Löhne wird sofort eingeführt. 2. Die Reichsregierung beruft eine Kommission, die die Frage der Einführung der sechsstündigen Schicht prüft und geeignete Vorschläge macht. 3. Eine bessere Versorgung der Industriebezirke mit Lebensmitteln muß baldigst eintreffen. 4. Kranfengeld muß im allgemeinen erhöht werden, jedoch in der höchsten Klasse bei drei Kindern ein Kranfengeld von 750 M bezahlt und das Sterbegeld erhöht wird. 5. Die Teuerungszulage für die bedürftigen Reichsinvaliden, Witwen und Waisen ist zu verdoppeln.

Essen, 11. April. Die vier Bergarbeiterverbände erlassen einen längeren Aufruf an die Bergarbeiter des Ruhrreviers, in dem sie unter Hinweis auf die zwischen der Regierung und dem Bergarbeiterverbänden erzielte Einigung ersucht und dringend zur Wiederaufnahme der Arbeit auffordern.

M. B. Essen a. d. R., 12. April. Die Zahl der Ausständigen hat heute eine weitere Verringerung erfahren. In der Frühsticht waren 160 700 Bergarbeiter ausständig gegen 163 501 gestern. In der gestrigen Frühst., Mittags- und Nachsticht hat sich die Gesamtzahl der Streikenden auf 300 186 belaufen gegen 307 205 am vorhergehenden Tage. Im allgemeinen herrschte am heutigen Morgen Ruhe.

Essen, 12. April.

Die Zahl der Arbeitswilligen in der Gussfabrik Friedrich Krupp Aktiengesellschaft, die gestern 15 000 betrug, ist heute auf etwas über 20 000 gestiegen, d. h. es sind etwas über 90 Proz. der zur Frühsticht gehörenden Arbeiter zur Arbeit erschienen. Die Maßnahmen zum Schutze der Arbeitswilligen, aus Entgegenkommen in der Frage der Verzögerung der Schichtzeit und die Nachrichten über die drohende Einstellung der Bergwerksbetriebe blieben auf die Streiklage im Ruhrgebiet nicht ohne Einfluß. Die Zahl der Ausständigen erfuhr heute eine weitere Verringerung; in der Frühsticht waren 160 720 Bergarbeiter ausständig gegen

Das Verhältnis der abgegebenen Stimmen zu den Stimmberechtigten ist etwa 30-35%, jedoch ungefähr ein Drittel der Wähler von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht haben.

Das Charakteristikum der Abstimmung ist aber zweifellos, daß der politisch interessierte Teil des Volkes die beschlossene Verfassung sanktioniert. Die Unabhängigen haben ja eine Klatsch gegen die Verfassung betrieben und ihren Abgang aufgefordert, mit „nein“ zu votieren. Ihr „Nein“ wurde jedoch in einem Meer von „Ja“ ertränkt. Das demokratische Prinzip siegte gegen radikale Verständnislosigkeit. Die Zahl der Abstimmenden sollte allerdings eine größere sein. Aber man muß berücksichtigen, daß das erste Referendum in Deutschland und sich das Volk an dieses oberste Recht erst gewöhnen muß. Wenden ist also nach dem Volkswillen Republik und das Volk erkennt die neue Verfassung an. Man muß annehmen, daß diejenigen, die nicht abstimmten, dieselbe ebenfalls anerkennen, denn, wenn sie es nicht wären, hätten sie den Gang zur Abstimmung nicht gestattet. Wir werden, nachdem das Gesamtergebnis vorliegt, auf die Abstimmung noch zurückkommen.

Eine neue Schandtat der Spartakisten

Dresden, 12. April. Heute nachmittag kam es in Dresden zu blutigen Straßenkämpfen zwischen Regierungstruppen und Spartakisten. Die Ursache war angeblich die Verweigerung einer Lohnzulage für Sanitätspersonal und Kriegsverwundete. Es wird behauptet, was aber zunächst nicht nachprüfbar ist, daß im Kriegsministerium mit Handgranaten auf Kriegsverletzte geworfen worden sei. Die wütende Menge holte den Kriegsminister Reuring, einen Mehrheitssozialisten, aus dem Kriegsministerium, mißhandelte ihn schwer, schleppte ihn auf die Augustbrücke und warf ihn in die Elbe. Er wurde schwimmend das Ufer zu erreichen. Man gab aber Gewehrfeuer auf ihn ab, mitten in dem starken Strom wurde er getroffen und sank erschossen unter. Zahlreiche Personen sollen verwundet worden sein. Gegenwärtig rattern noch Maschinengewehre über die Brücke, die Regierungstruppen erhalten Verstärkung.

Berlin, 12. April. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß die schreckliche Ermordung des sächsischen Kriegsministers Reuring im Laufe des Samstag nachmittag Reichswehrminister Post aus Dresden mitgeteilt wurde. Es sind sofort die erforderlichen Maßnahmen getroffen worden, um der sächsischen Regierung einen verstärkten Rückhalt zu geben. Man leiste so zahlreiche Truppen nach Dresden in Bewegung, daß es bestimmt rasch gelingen wird, die erforderliche Sicherheit wieder herzustellen.

Berlin, 13. April. Der „Vorwärts“ schreibt über die Lage in Dresden: Mit nichts als Duldbarkeit ist es nicht zu erreichen, das Maß von Sicherheit und Ordnung wieder herzustellen, ohne welches Leben und Wiederaufbau unmöglich sind. Minderheiten, die bis zum Verbrechenum fanatisiert sind, muß gezeigt werden, daß der souveräne Volkswille nicht mit sich spielen läßt. Der sächsische Ministerpräsident Gradnauer äußerte sich über die Ermordung des Kriegsministers Reuring dahin, daß dieser versucht habe, sich der trübten Luft des Volkswillens entgegenzusetzen und eine demokratische Volkswehr zu schaffen. Daher habe er sich den Has jener Elemente ausgesetzt, die kein Verständnis für die traurige Lage Deutschlands hätten und die versuchten, unserm Volke die letzten Güter zu zerören.

Dresden, 14. April.

Das Gesamtministerium hat über den ganzen Freistaat Sachsen den Belagerungszustand verhängt. Die Ausführung der Kommandogewalt ist von den Ministern den Militäroberbefehlshabern übertragen worden. Das gesamte Ministerium hat zum Oberbefehlshaber Herrn Bruno Kirshoff in Dresden bestimmt und dieser hat für die Zeit des Belagerungszustandes das Ständrecht verflücht.

ite 6.
er
1919
im
706
der Ein-
Montag
1919
amen des
enommen
blisch in
wirtschaft
gecharie
an obiger
die Ver-
in, beim
stichtigen
schlagens
2204
aus.
974
eaters.
emall
r.
eyer.
10 Uhr.
eaters.
in.
abruch
e 4 Uhr.
eaters.
D.
10 Uhr.
e (Son-
3,20 M.),
1hr. —
7-10,
1/2-9/16.
Doppel-
und
ers. 2
1/2hr. 7/4
e (Son-
3,20 M.),
lungen“
deworft.
abends
1/2-9/16.
1hr. —
eß Sim
hr:
ert
s.
tvetter.
e und
esters.
großes
2785
renen.

An die Schülereltern und Schülerfreunde!

Deutschland steht vor der Ordnung der Konfusionsmasse des verlorenen Krieges. Staat und Bürger sollen Aufgaben lösen, wie sie noch kein geschichtliches Ereignis einem Volke gestellt hat. In vier harten Kriegsjahren wurden die Männer der Arbeit zu Millionen hingemäht, das ganze deutsche Volk an Leib und Seele auf das Schwerste getroffen. Die Hungerjahre hinterlassen im Volkskörper Schäden, die erst nach Jahren nur durch radikale Heilmittel beseitigt werden können. Langsam aber sicher wütet das Siechtum unter unsern Kindern. Müde schleppt sich die früher so muntere Schaar durch die Straßen. Zusammengefallen, bleich, mit geröteten Nerven steht heute größtenteils unsere Jugend vor uns, die nach vor wenigen Jahren in Kraft und Gesundheit strahlte. Am Gleichtritt der Gewohnheit will die Schule an diesem aus Verzweiflung und Not stehenden Volk vorbeigehen. Raum sind die Kanonen im Felde verhummt, sollen die ausgefallenen Lehrpläne einer weltfremden Schulautonomie wieder Kinder und Familien beherrschen. Wo steht Aufatmen Lebensbedingung ist, soll im Volkstempel der Arbeit auch das Verwundete der Kriegsjahre noch nachgeholt werden. Verstreuten aus Lehrer- und Elternkreisen, die Lehrpläne durch Ueberforderung des überflüssigen Ballastes und durch ungenügende Einteilung der Forderungen der Gesundheit für unsere Kinder und die Aufgaben einer jähren und arbeitsreichen Zukunft anzugreifen, sind bis jetzt ohne Erfolg geblieben.

Väter und Mütter! Die Schule darf fürberhin keine ausschließliche Domäne der Fachleute sein. Nehmt das Geschick eurer Kinder in der Schule mit in die Hand, bevor das Unglück unarrestierbar ist! Wir wollen ein gesundes, lebensfrohes und lachendes Geschlecht, helle Augen und kraftvolle Lustigkeit bei unsern Kindern, gesund und widerstandsfähig sollen sie wieder werden. Die kommenden Jahre brauchen ganze Menschen, die sich ihrer Kräfte bewusst sind, und keine kranken und methodisch verkrümmerten Schulbambus. Wenn wir hernach unsere Forderungen an die Schule stellen, erfüllen wir nur die elementarsten Elternpflichten. Wir geben damit den Kindern die Kraft und die Waffen für die Kämpfe in einer schweren und arbeitsreichen Zukunft, dem Staate die Grundbedingung zu seinem Wiederaufbau und Fortbestand.

Väter und Mütter! Erleidet eure Zustimmung zu den untenstehenden Forderungen, deren Erfüllung wenigstens teilweise die Wiedergutmachung der Kriegsschäden an unsern Kindern gewährleisten und ein künftiges gesundes Geschlecht schaffen soll! Wert ist euren Belangen für die vorgeschlagene Umgestaltung des Unterrichts an den Volk- und Mittelschulen! Aus allen Teilen des Landes wollen wir einmütig und geschlossen der Regierung und den Schulverwaltungen zu erkennen geben, daß wir einen grundlegenden und zeitgemäßen Ausbau des Schulunterrichts verlangen. Der Worte sind genug gewechselt, laßt uns nun endlich Taten sehen!

Forderungen für den Unterrichtsbesitz an den Volk- und Mittelschulen.

1. Die Unterrichtszeit darf an den Oberklassen der Schulen 30 Stunden, an den unteren 24 Stunden in der Woche nicht übersteigen.
2. In den Nachmittagen findet kein Schulunterricht statt.
3. Die Hausaufgaben müssen so bemessen werden, daß zu ihrer Erledigung eine durchschnittliche Höchstaufwendung von 1 1/2 Stunden ausreicht.
4. Die gesundheitsgefährlichen Einwirkungen des Krieges und der unzureichenden Ernährung auf die Kinder sind bis zu ihrer Beseitigung bei Festlegung des Lehrplanes, im Unterricht und bei Stellung von Hausaufgaben in ausreichendem Maße zu berücksichtigen. Bei Beurteilung der Leistungen und der Verlesung der Schüler muß insbesondere auch diesen Ueberumständen Rechnung getragen werden.
5. Die körperliche Erleichterung der Jugend muß ein Hauptziel der Schulen sein. In Nachmittagen sind Spiel- und Sportstunden unter der beruflichen Leitung geeigneter Lehrkräfte abzuhalten.
6. Die Vertretung der Schülereltern im Beirat jeder Schule muß in einem der Bedeutung entsprechenden Umfang geübt werden.

Der vorbereitende Ausschuß:

Dr. Wirmeyer, praktischer Arzt, Durlach, Weihenstraße 3a; Frau Professor Long, Karlsruhe, Lindenstraße 11; Hofschaffner Doll, Karlsruhe, Poststraße 1; Hofdirektor Hennberger, Karlsruhe, Lindenstraße 27; Frau Emilie Roho, Karlsruhe, Leisingstraße 11; Oberrevisor Meißner, Karlsruhe, Dürckstr. 76; Bankdirektor Seeligmann, Karlsruhe, Weidenstraße 84; Malermeister Eduard Hessel, Karlsruhe, Sophienstraße 170.

Zustimmungserklärungen bitten wir alsbald an die angegebenen Adressen sowie auch an die Expedition des „Volkstreu“ abzugeben, damit die Neuordnung sofort beantragt werden kann. (Postkarte mit genauer Bezeichnung des Adressaten genügt.)

Erwerbt das badische Staatsbürgerrecht

Offener Brief

an Herrn Pfarrer Th. Böhmerle in Langensteinbach.

Lieber Herr Amtsbruder! Zwar bin ich mir nicht bewußt, Ihnen jemals in meinem Leben etwas zu Leid getan zu haben; trotzdem aber verfolgen Sie mich auf das heftigste und wissen nicht genug schwere Anschuldigungen, um meinen Uebertritt zur Sozialdemokratie schlecht zu machen. Bis jetzt habe ich alle Ihre bösen Worte dahin genommen, wozu sie ein Christ tragen muß, nämlich ins Nimmerlein. Wenn es Ihnen eine Freude bereitet, so kann ich Ihnen offen sagen, daß Ihre lieblosen Artikel mir sehr weh getan haben. Gerade, weil mein Schritt zum Sozialismus aus Gründen der Nachfolge Jesu geschah, bin ich nicht unverständlich für derartige Angriffe. Ihre Ausführungen in Nr. 13 des „Volkstreu“, worin Sie mich zwischen den Reiten mit dem Antichrist zusammen stellen, überreifen nun so sehr jedes Maß, daß ich schon um Ihre Willen und um meiner selbst willen und vor allem um der heiligen Sache des Sozialismus willen, Ihnen öffentlich „widersehen“ muß. Ganz weiches soll ja ein Christ bei aller Heilbesliebe nicht bleiben nach dem Grundsatz dessen, der gesagt hat: „Warum schlägst du mich?“

Wir Christen haben beinahe ein Jahrtausend lang geschwiegen gegen die immer größer werdende Gesellschaftsünde des Kapitalismus. Wir haben damit eine große Schuld auf uns geladen, an der auch wir selbst, Sie und ich, tragen. Die Sozialdemokratie dagegen hat allen Opfern aufgegeben, gegen diese Sünde zu protestieren. Wenn deshalb heute, wo unsere Gesellschaftsordnung, von der kapitalistischen Sünde ganz unterwühlt, unter Gottes Gericht zusammengebrochen ist, jemand Wutgefühle hat, so ist es nicht in erster Linie die Sozialdemokratie, sondern wir sind wir es: die Christen, die Pfarrer, die Kirchen. Wir sind vor allem auch schuld daran, daß die Arbeitermassen der Kirche und dem Christentum fremd geworden sind. Von einem solchen Glauben, der nicht einmal den Zeugnissen gegen den Rammon aufbrachte, wendeten sie sich mit Recht ab. Unsere Ruhe besahe in einem Uebertritt zur Sozialdemokratie. In beschämender Weise vergebend uns heute noch die Proletarier und nehmen uns sogar mit Freuden auf, ja sie suchen (besonders in Baden) die Kirche. Unsere Unruhe wird, wie immer, reichen Gottesknechten ernten und dem Evangelium Jesu neue Türen öffnen. Gemiß herbeißt in den Reihen der Sozialdemokratie heute noch viel Materialismus und Kirchenfeindschaft. Weil wir aber diese traurigen Zustände als unsere eigene Schuld

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 12. April.

Auf Vorschlag des Präsidenten Behrenbach, der die Sitzung um 10.30 Uhr eröffnet, wird zunächst der Gesetzentwurf über die Regelung der Katholikerei in Angriff genommen.

Abg. Sachse (Soz.) stellt über den Generalkonflikt im westfälischen Kohlengebiet mit, daß die Regierung in den vier Bergarbeiterverbänden die siebenstündige Arbeitszeit einschließlich Ein- und Ausfahrt eingeführt und zur Prüfung der Frage, ob auch eine Sechsstundenarbeit für die Industrie erträglich ist, eine Kommission eingesetzt habe. Bei der getragenen Arbeiterkonferenz der Bergarbeiterverbände haben 217 für und 82 gegen die Wiederaufnahme der Arbeit gestimmt. Die Arbeit wird also wieder aufgenommen werden. Der vorliegende Gesetzentwurf bringt den Kalkül der vollständigen Sozialisierung bedeutend näher. Es ist die Errichtung einer gemeinsamen Wirtschaft des Kalibergbaues geplant. Die Kalibergbau wird zu einer Betriebsgemeinschaft zusammengefaßt, an deren Verwaltung auch die Arbeiter beteiligt sind. Die Ausführungsmaßnahmen der Regierung sollen der vorliegenden Zustimmung des Staatsauschusses und eines Ausschusses der Nationalversammlung über die Betriebs- und Lohnverhältnisse des Kalibergbaues berichten. Mit Rücksicht auf die Notwendigkeit, auch im Kalibergbau den Sechsstundentag durchzuführen, werden die vorgeschlagene Preisobergrenze annehmen müssen. Zur Erörterung von Einzelheiten wird eine Kommissionsberatung notwendig sein, die ich beantrage.

Ges. Oberregierungsrat Arhmann: Die Vorlage bedeutet einen tiefen Eingriff in die Verhältnisse der Kalilindustrie. Innerhalb sind wenigstens Vorschriften vorgesehen, um das bestehende Kalilindikat, das in ungemein legendärer Weise den Aufstieg der Kalilindustrie gefördert hat, in die neuen Verhältnisse überzuführen. Das Kalilindikat führt uns durch seine Beziehungen eine gedehnte Entwicklung des Absatzes im Ausland. Das ist umso wichtiger, als wir mit dem Verluste der elstischen Kalilwerke rechnen müssen, und dazu kommen die spanischen Kalilager, die man bisher weit unterschätzt hatte.

Abg. Ambusch (Zent.): Schon jetzt verkaufen die Franzosen im linscheinigen Gebiete elstischen Kalk zu höheren Preisen als bei dem deutschen Kalkgesetz zuläßt. Was gebietet die Regierung dagegen zu tun, um gegen die Eingriffe der französischen Besatzungstruppen im Saargebiet zu schützen? Das Gesetz muß recht bald verabschiedet werden, damit die Landwirtschaft rechtzeitig die notwendigen Düngemittel erhält. Auch wir sind für die Kommissionsberatung.

Abg. Vöhlmann (Dem.): Wir haben gegen die Sozialisierung des Kalibergbaues noch stärkere Bedenken als beim Kohlenbergbau. Mindestens wäre eine solche Herabsetzung nicht notwendig gewesen. Eine Erhöhung der Kalkpreise sollte sofort durchgeführt werden.

Abg. Behrens (D.-N.): Wir haben die allergrößten Bedenken gegen das Gesetz. Die Sozialisierung der Kalilindustrie ist deshalb bedenklich, weil diese für den Auslandsmarkt arbeiten muß. Ueberhaupt hat die Selbstverträglichkeit, mit der der Regierungsvorstand so sprach, als ob die elstischen Kalibergwerke bereits preisgegeben werden müßten. Wir erlauben die Regierung erneut, fest zu bleiben auch in der Frage Elst-Kalk. Die Preisobergrenze für Kalk bedeutet eine außerordentliche Belastung der Landwirtschaft, die dann nicht mehr billig produzieren kann.

Abg. Meißner (D. Sp.): Wenn die Preise der Lebensmittel abgebaut werden sollen, andererseits aber die landwirtschaftlichen Produktionskosten geringfügig, kann die Landwirtschaft nicht auf eine gute Grundlage gestellt werden. Es ist dringliches Gebot der Stunde, der Landwirtschaft zu helfen. Wir wenden uns auch hier gegen die Sozialisierung.

Ges. Oberregierungsrat Arhmann gibt beruhigende Erklärungen ab über die Verjüngung der Landwirtschaft mit Kalk im laufenden Jahre und berichtet von der Besserung der Ausfuhrverhältnisse.

Abg. Cohn (N. S.): Das Gesetz ist unannehmbar. Es ist eine Qualifikation, hinter der ein kapitalistisches Schauspiel aufgeführt wird. Das Gesetz geht an den Ausschuß.

Die Interpellationen über Verteilung der ausländischen Lebensmittel kommt am Montag zur Verhandlung. — Es folgt das Ermächtigungsgesetz.

Reichsminister Preuss: Der Entwurf will kein allgemeines Notverordnungsrecht für die Regierung in Anspruch nehmen, er will nur die Möglichkeit geben, wenn es besondere Verhältnisse notwendig machen, im Verordnungswege gewisse Dinge, die nicht von prinzipieller Bedeutung sind, zu regeln. Namens der Regierung kann ich erklären, daß ihr jedes Verlangen nach unkontrollierbarer Machtübernahme fern liegt. Gegen eine Erhöhung der Kalkpreise, bezuglich der Kommission, die die Ausführung des Gesetzes beaufsichtigen sollte, hat die Regierung nichts einzuwenden. Wenn sie empfinden, so müssen wir uns mit dem Eifer dessen, der alles Unrecht wieder gut zu machen hat, zuerst auf Ihre Seite, in die Front gegen den Kapitalismus stellen und können dann von neuem für Jesus werden. Wenn dabei moderne Hilarier uns des Umgangs mit Materialisten und Uebelsten zeigen, so krölet uns das Vorbild Jesu, den sie auch „der Hölmer und Sünder Gesellen“ gehalten haben. In meinen sozialistischen Kreisen lebt aber heute schon ein neues, großes, frommes Verlangen. Jesus ist ihnen eine Lichtgestalt, zu der sie mit warmen Augen aufschauen und die sie sich nicht nehmen lassen (selbst ein Hoffmann nicht). Wir wollen keine neue Schuld auf uns laden, indem wir diese Lohnarbeiter, die doch auch unerbittliche Seelen haben, zurückstoßen. Dieses „Zuneigen zum Christlichen“ aber als Zeichen des Antichristen zu brandmarken, ist kein Unrecht. Wo bleibt da der Geist Jesu, der den glühenden Dorn nicht verläßt hat und gesagt hat: „Wer nicht wider uns ist, der ist für uns“? (Marc. 9, 35 bis 41.)

Bitte verwenden Sie meine Tat nicht immer zur Anschuldigung unserer lieben evangelischen Kirche. Im Jugendkreis waren Sie völlig im Recht, denn keine Majorität darf einer Gemeinde vorzureden, wie sie zu ihrem Gott sein soll. Ihr neuer Anlauf, weil ein paar Pfarrer zur Sozialdemokratie übergetreten sind, ist aber von keinem guten Geist eingeleitet. Haben Sie dabei das Wohl unserer Kirche noch ehelich im Auge oder streben Sie mit allen Mitteln (auch der Verdächtigung) auf eine Freireiche hin? Prüfen Sie sich selbst, ob Sie es vor Gott verantworten können, gerade jetzt die evangelische Sache zu gefährlichen. Jede Kirche ist eine menschliche Einrichtung. Wenn der Teufel in der Landeskirche ist, so ist er auch im engen Kreis in Langensteinbach. Auch die Kirche steht unter dem Worte Jesu: „Lasset die beiden miteinander wachsen bis zur Zeit der Ernte.“ Jeder Versuch, eine Kirche zu gründen, die allein Gläubige umschließt, ist falsche Prophetie. (Matth. 24, 28 u. 29.) Wir wollen eine Volkskirche haben, wo jede evangelische Glaubensüberzeugung zu ihrem Recht kommt und wo auch der Christismus neue Aufgaben in der Arbeit der Kirche findet. Wir rechnen dabei sehr auf die Mitarbeit der Gemeindeführer. Arbeiten Sie, bitte, positiv mit am Aufbau dieser Volkskirche und lassen Sie dafür Ihre negative Kritik.

Gott schenke Ihnen bessere Augen für seine Wege!
Mit brüderlichem Gruß
Ihr Pfarrer Th. Böhmerle
Reunfetten (Amt Döbberg), 6. April 1919.

uns aber die Generalkonflikt „oder aus sonstigen dringenden Gründen“ streichen wollen, so würde damit der Zweck ihres Gesetzes größtenteils damit beseitigt werden.

Abg. Dr. Weder-Arnberg (Zent.): Dem Grundgedanken des Gesetzes stimmen wir zu. Auch die Generalkonflikt halten wir für notwendig. In der Kommission sollte aber geprüft werden, ob für die Generalkonflikt nicht eine etwas weniger lauffähige Fassung gemacht werden kann.

Abg. Dr. Waldheim (Dem.): Wir erkennen die wirtschaftlichen Gründe an, die eine Verordnung recht notwendig machen. Die Generalkonflikt muß aber gestrichen werden, denn sonst fehlt überhaupt jede Abgrenzung. Wir erwarten auch, daß das Gesetz in möglichst eingeschränkter Weise interpretiert und nicht durch Verordnung geregelt wird, was durch die Befehlsgebung erledigt werden kann.

Abg. Krollmann (D.-N.): Die Vorlage bedeutet eine Verletzung des Ermächtigungsgesetzes von 1914, welches eine Erweiterung der Rechtsbefugnisse und ein Einlen der öffentlichen Moral zur Folge hätte. Die Notwendigkeit des Gesetzes sehen wir ein, können aber der vorliegenden Fassung nicht zustimmen. Die Zurückziehung der Gesetzesvorlage muß aufhören. Wir beantragen eine Ueberweisung an den Ausschuß, wo wir zur Mitarbeit bereit sind.

Abg. Haase (N. S.): Ich sehe nicht ein, weshalb dies wichtige und weitführende Gesetz so überflüssig verabschiedet werden soll. Die Erfahrung, die wir mit dem früheren Ermächtigungsgesetz gemacht haben, sollte uns zur Vorsicht mahnen. Haase geht dann auf einen Vortrag ein, der sich am 27. März zwischen Reichsminister Erzberger und ihm abgehandelt hatte und sagt, daß Erzberger über den Verlauf der Kalkindustrie tatsächlich falsche Angaben gemacht habe. (Präsident Behrenbach: Was das mit dem Gesetz zu tun haben soll, vermag ich wirklich nicht einzusehen. Ich bitte Sie, zur Sache zu kommen. Wir lehnen die Vorlage ab. Die Vorlage geht an den Wirtschaftsausschuss nächste Sitzung: Montag 2 Uhr.)

Baden.

Was wir vom Oberkirchenrat verlangen.

Von der volkstümlichen Vereinigung wird und geschrieben: Unter dem Herbststurm der Revolution brach die alte Form des Staates zusammen. Sie wurde neu geformt; die Verfassung ist durchwühlt vom Geist, der die Masse des Volkes in seinen Tiefen ergreift und bewegt. Ihr Denken und Fühlen verändernd, soll durch Inhalt und Form das Vertrauen neu geschaffen werden, ohne das alles Gemeinschaftsleben der Vernichtung entgegengehen muß.

Wo aber sollte mehr dieser Geist des Vertrauens geweckt und lebendig erhalten werden, als in der Kirche, jener tiefsten Gemeinschaft, in der die heiligsten Gesetze nach Form und Gestaltung liegen? In der Einführung zur Verfassung der vereinigten ev. prot. Kirche des Großherzogtums Baden vom 5. Sept. 1881 steht der Satz: „Das Verfassungsgesetz der ev. Kirche muß neu geordnet werden und zwar nach dem protestantischen Grundgesetz, daß nicht der Lehrenden und die Belehrenden allein, sondern die gesamte Gemeinde der Christen die Kirche ausmacht.“

Reider ist es schon damals nur beim guten Willen geblieben und wie es heute werden soll, bleibt zur Stunde noch eine harte Frage. Durch die Aihen der feierlich geschlossenen Turen des Oberkirchenratsgebäudes bringt keine vorbereitungslos Kunde. Statt zum Muten und Handeln einen allgemeinen Kirchentag einzurufen, will man von der alten Synode einen Verfassungsentwurf sich nehmen lassen, den man vor Augenstehenden hält, als müsse man deren Urteil fürchten. Nur eines läßt sich nicht verhehlen, die Nationalversammlung der Kirche soll wiederum aus indirekter Wahl entstehen. Man kann sich dort wohl nur schwer oder gar nicht trennen von einer Maßordnung, die ein dreifaches Votum gegen die unmittelbare Abstimmung des Willens „der gesamten Gemeinde der Christen“ erklärt hat. Neues Leben tut der Kirche bitter not. Wie soll der Strom sich sammeln, der in der Seele des Volkes mächtig fließt und drängt, wenn man ihm den gegebenen Weg verwehrt. Erkennen und begeben wir uns auf den Weg, wenn man sie leiten und nützen will. Wahrsch der evang. Oberkirchenrat läßt sich daran, die Belohnen der Zeit zu verstehen und danach zu handeln.

Das evangelische Volk Badens ist nicht willens, dem Swang des Aiten sich zu fügen, es wird kämpfen im Geist der Liebe, aber auch im Geist der Kraft für das hohe Gut der freien Entwicklung der christlichen Gemeinschaft in der neuen Volkskirche. In letzter Stunde erleben wir die Stimme, verhallt sie ungehört an den hohen Wänden des roten Hauses, so wird ihr Widerhall in die letzten Dörfer unseres Landes dringen, um in der Not der Zeit zum aufgewungenen Kompromiß aufzurufen.

Die Waiseier. Das Rottaler Zentrumorgan, die „Rottaler Zeitung“, regt sich in seiner Nummer vom letzten Samstag loslos darüber auf, daß das bad. Staatsministerium den 1. Mai als Feiertag erklärt hat. Wir können ja von dem Zentrumskreis nicht verlangen, daß es den hohen Sinn begreift, der gerade in diesem Jahr der Waiseier innewohnt, eine Demonstration für den Völkerverbund und die Befreiung der Menschlichkeit; aber das sollten doch die Herren von rechts endlich einmal einsehen, daß sie durch Verweigerung solch geringer Zugeständnisse der Masse der sozialdemokratischen Arbeiterklasse gegenüber nur im Sinne der linksradikalen Parteien arbeiten. Uebrigens können wir nur das eine wiederholen: die Sozialdemokratie hätte den 1. Mai gefeiert als Feiertag oder nicht.

Beamtenernennungen. Die vorl. Volkregierung hat den bisherigen Direktor der Höheren Mädchenkurse mit Lehrerinnenleiter in Straßburg Geh. Studentent Dr. Karl Bech aus Sinsheim a. d. R. zum Direktor an der Höheren Schule in Karlsruhe ernannt. — Zum Ministerialdirektor im Arbeitsministerium ist Oberbaurat Fuchs ernannt worden. Hiermit hat die Zentrumspartei eine ihrer großen Sicherungen in diesem Ministerium erhalten. Ministerialdirektor Fuchs war früher bei der Bad. Fabrikinspektion, dem jetzigen Gewerbeaufsichtsrat, tätig und wurde später zum Kollegialmitglied der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbauwesens bestellt.

Beamten und Regierung. Der Verband der Beamten- und Lehrervereine Badens hat beim Finanzministerium die sofortige Uebernahme des Beamerzuschusses verlangt. Verhandelt soll werden über die Zurücksetzung der Beamten, Beamtenkonner, Beamtenauschüsse, Dienststellenauschüsse, Erholungsurlaub, durchgehende Arbeitszeit, Teuerungszulagen und durch den neuen Lohnsatz der Arbeiter bedingte Ausgleichszulagen.

Ein Protest. Die sozialdemokratische Parteikonferenz des 4. bad. Abtagswahlkreises (Breisgau-Lörrach-Müllheim-Staufen) nahm nach Referenzen der Mitglieder der bad. Nationalversammlung Rücksicht an, in welcher mit einem lebhaften Ausdrucks eine Entmen wird von der finanziellen Auflösung des Großherzogtums, ohne daß vorher eine genaue Vermögensdarstellung erfolgte. Zugleich abnehmenden Haltung über beiden Abgeordneten Rücksicht und anerkennt, daß dieselben innerhalb der Fraktion ihren eigenen Einfluß gegen die Vorlage zur Geltung brachten. Die Konferenz bringt zum Ausdruck, daß die Volkst der sozial. Reaktion hätte erwarten können und verlangt eine entschlossene, stärker nach links orientierte Stellungnahme und eine stärkere Betonung der sozialdemokratischen Grundzüge auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet.

Baden-Württemberg. Die Betriebsabgabengesellschaft für den Amtsbezirk Heberlingen erklärt in ihrer letzten Vorstands-, und

Wichtiges gelegen, daß der Zug der 4.15 Uhr nachm. in Karlsruhe...

Die Ausgabe von Banknoten durch die Badische Bank. Die nord. Volksregierung hat der bad. Nationalversammlung ein noch...

Ettingen, 11. April. In seiner letzten Sitzung beschloß die Rat der hiesige Volksterrat auch mit der Verlegung der Rüge 47 und...

Baden-Baden, 13. April. Die Verhandlung auf den Verkehr hat ihren Betrieb wieder aufgenommen und auch der Wirtschaftsbetrieb...

Wahl, 13. April. Einer großen Schnapsdiebstahl sind die hiesigen Sicherheitsorgane auf die Spur gekommen. Auf dem...

Offenburg, 12. April. Am Dienstag, 15. April, hält der hiesige Wirtverein eine außerordentliche Versammlung ab mit dem Thema...

Wagen, 11. April. Bei Hausdurchsuchungen in Zellberg und in Luggen wurde eine Geheimdruckerei entdeckt. Das aufgefunden...

Mannheim, 13. April. Die Erhebung der Kohlen- und Stahlpreise ist vom Landespreiskomitee genehmigt worden. Trotzdem...

Waldshut, 13. April. Die jämeierischen Poststellen wurden ermächtigt, in persönlichen Grenz- und großen Reiseverkehr bis...

Radolfzell, 13. April. Das Jagdungskommando hier hat in den letzten Tagen zwei Kisten mit zahntechnischem Bombiermaterial...

Eine Familienfahrt auf südbahische Küsten unternahm der hies. Armenpfleger...

Die Aufhebung der Verkehrsperre nach Bayern. Der Gesamtverkehr (Personen-, Gepäck- und Güter) nach Bayern über...

Neue Fahrplanänderungen treten am Montag, 14. April in Kraft und zwar auf den Strecken Karlsruhe-Mannheim, Karlsruhe-Heidelberg...

Vollziehung des Volksterrat Ettingen. In seiner Sitzung am 13. April. Der Volksterrat Ettingen hielt am 3. April eine Sitzung ab. Gen. Vertisch konnte in seinem Bericht...

Offenburg, 12. April. Am Dienstag, 15. April, hält der hiesige Wirtverein eine außerordentliche Versammlung ab mit dem Thema...

Aus der Partei.

Eine Landeskongress der sozialdemokratischen Partei Badens findet voraussichtlich am Montag, 28. April, in Karlsruhe statt.

Ettingen, 12. April. Kapitalismus und Sozialismus. Die hiesige Partei hat am 8. April stattgefundenen Vortragabend...

Radolfzell, 13. April. Am Freitag, 18. April, nachm. 2 Uhr, findet im Gasthaus zum „Rappen“ eine Bezirkskonferenz...

Morgenfeier für gefallene Dichter. Durch den selben Raum rauchten am Abend die Wälder der Gatzbühlhöhe...

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Lucia von Lammormoor. Der Komponist von „Lucia“ hat neben einer recht ansehnlichen Reihe anderer Musikstücke...

Der Dichter Fritz Dross gedachte der Gefallenen in ergreifenden Worten. Nicht an Hand literarischer Scheinbilder...

Die beiden Vortragenden wählten alle Schönheiten in bestem Versehen zur Geltung zu bringen. Der Weisfall aber — war er wirklich unerlässlich? Und war überhaupt das Ganze so im eigentlichen Sinn eine Feier?

Das, 13. April. Sozialdem. Verein. Wir machen die Mitglieder nochmals auf die heute Montagabend 10.8 Uhr im Gasthaus zum „Alten Bahnhof“ stattfindende Versammlung aufmerksam.

Kommunalpolitik.

n. Rue bei Durlach, 13. April. Auf Donnerstag, 17. ds., werden sämtliche Verbraucher zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen...

Ettingen, 13. April. Der Kommunalverband Ettingen schließt nach einer in der „Eppingen Zeitung“ veröffentlichten Bilanz mit einem Gewinn von 29.000 M ab.

Bretten, 10. April. Aus dem Gemeinderat vom 8. April ist mitgeteilt: Von der Erwerbung eines Grundstücks am Eingang des Rottweiserweges wurde, weil der geforderte Preis...

Heidelberg, 11. April. Der Bürgerausschuß bewilligte einen neuen Kriegskredit von 2 Millionen Mark. Wie Oberbürgermeister Dr. Walz mitteilte...

Konstanz, 12. April. Die Wahlen für den Oberbürgermeister und die Bürgermeisterposten werden schon in der aller nächsten Zeit stattfinden...

Soziale Rundschau.

Radolfzell, 12. April. Der hiesige Konsumverein hat die Eröffnung seines Ladens (Ecke Rappen- und Herrenstraße) auf 1. Juli ds. Jrs. beschlossen.

Zur Förderung des Kleinwohnungsbaues hat das Ministerium des Innern genehmigt, daß von den Sparlosen Liegenhaftkosten bis zur Höhe der Summe...

Klavierabend Moritz. Man war auf den Abend wirklich gespannt, nachdem uns Elisabeth Moritz vor nicht so langer Zeit in dem Sonatabend...

Die beiden Vortragenden wählten alle Schönheiten in bestem Versehen zur Geltung zu bringen. Der Weisfall aber — war er wirklich unerlässlich? Und war überhaupt das Ganze so im eigentlichen Sinn eine Feier?

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 14. April.

Der Schritt ins Leben.

Währlich, wenn der Frühling seinen Einzug hält, dann verlassen Tausende und Abertausende von Kindern die Schule, um den Schritt ins Leben zu wagen. In diesem Jahr drängt kein Schlachtenlärm mehr an den Grenzen unseres Landes und unsere liebe alte Erde, die sich mit jungem Grün schmückt, wird nicht mehr von tobdringenden Geschossen durchwühlt und zerstampft. Aber unendlich viele Väter, die mit ihrem Leibe die Heimat und das Leben ihrer Lieben dabei schützten, müssen nun im Schoß der Erde. Ihren Kindern steht nicht, wie vielen anderen, der Vater zur Seite bei dem Eintritt ins Leben. Daher ist es heilige Pflicht der Lebenden, den Kindern der Toten ratend und helfend zur Seite zu stehen. Denn der Kampf mit dem Leben ist nicht leichter geworden. Hat auch das graue Norden ein Ende genommen, so liegen Handel und Industrie zertrümmert am Boden. Unzählige Berufe können vor der Hand gar keinen Nachwuchs aufnehmen. Die zur Entloftung kommenden Knaben und Mädchen treten, wenn auch manchem von ihnen der Vater genommen sein mag, nicht ganz schußlos ins Leben, wie in den Kriegsjahren die schuldlosen Kinder, von denen unendlich viele als ungelehrte Arbeiter in die Kriegsindustriefabriken gelockt wurden, wo sie viel Geld verdienten, das ihnen nicht immer zum Segen gereichte. Das ist vorbei. Das Lehrlingsweien wird auch gründlicher Reformen unterzogen werden, und die Zeit, da der freventliche Raubbau mit jungen Menschenkräften wahrer Orgien feierte, ist für immer vorbei. Leicht wird die Lehre den Kindern, in deren jungem Leben die Kriegsnöte keine Spuren geprägt haben, gewiß nicht werden; aber es besteht doch begründete Hoffnung, daß es wieder aufwärts geht, auch mit den Kräften, und daß auch die jungen Menschenkinder, die nun den Schritt ins Leben wagen, sich unter besseren Verhältnissen und unter dem Schutz verständiger Menschen entwickeln zu tüchtigen brauchbaren Gliedern der Menschheit, die den Sozialismus auf ihre Fahne geschrieben hat.

Ein Führer und Helfer will den nun ins Leben der Arbeit tretenden Knaben und Mädchen auch die Arbeiterjugend sein. Hier finden sie geistige Anregung, Weiterbildung, Unterhaltung, Belehrung und Erholung im Kreise gleichgesinnter Kameraden und Kameradinnen. In Wanderungen wird ihnen die Schönheit der Heimat gezeigt, in den Bergen und

Wäldern der Heimat holen sie sich neue Kräfte für das Tagewerk der Woche. Die Arbeiterjugend schützt die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen gegen Ausbeutung, Mißhandlung und Mißbrauch ihrer Arbeitskraft. Die Jugendzeitchrift „Arbeiterjugend“ bringt ihnen gute Unterhaltung und Aufklärung über alles Wissenswerte. Für alle jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sollte es daher unbedingte Pflicht sein, sich dem Verein Arbeiterjugend anzuschließen, wie es auch Pflicht der Arbeitereltern ist, ihre schuldlosen Kinder der Arbeiterjugend zuzuführen. Zusammenkunft jeden Samstag im städtischen Jugendheim.

Einigung im Gastwirtsgerwerbe. In einer am Dienstag abend stattgefundenen öffentlichen Versammlung nahmen die Gastwirtsgehilfen Stellung zu dem vom hiesigen Schlichtungsausschuß am 7. April gefällten Schiedspruch. Nach eingehender Diskussion wurde beschlossen, den Schiedspruch anzunehmen. Nachfolgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die am Dienstag den 8. April tosende Versammlung der Angestellten des Karlsruher Gastwirtsgerwerbes nimmt den am 7. April gefällten Schiedspruch des Schlichtungsausschusses trotz verchiedener noch vorhandener Mängel an. Die Angestellten verpflichten sich, falls die Arbeitgeber sich absehend verhalten sollten, die Anerkennung und Durchführung des Tarifes mit allen zu Gebote stehenden Mitteln, letzten Endes durch den Streik, zu erzwingen.“

Sozialer Verein. Am Mittwoch, 16. April, abends 8 Uhr, findet in der „Alten Brauerei Kammer“ (Walldornstr.) eine Mitteilerversammlung statt, mit einem Vortrag des Gen. Minister Köder über „Reinraffination oder Separatismus“. Außerdem werden die Kandidaten für die bevorstehenden Gemeinderatswahlen aufgestellt.

Eine öffentliche Wirterversammlung findet Dienstag nachmittags 3/4 Uhr im Colosseumsaal statt, in der zum Vorgehen der Regierung in der Lebensmittelversorgung Stellung genommen wird. (Näheres siehe Anzeiger.)

Konzerthaus. In dem nächsten Sinfoniekonzert des Landes-Theater-Orchesters werden die zwei bedeutendsten Meister der Sinfonie nach Beethoven, Brahms und Brückner, gegenübergestellt. Die Entwicklung von Brahms ist vornehmlich durch das Studium Bachs und der Meister des 16. Jahrhunderts beeinflusst, jene Brückners durch Richard Wagner. Das Doppelkonzert für Violine und Cello mit Begleitung des Orchesters, richtiger bezeichnet eine Sinfonie für Solo-Instrumente und Orchester, schrieb Brahms für seine Freunde Joachim und Hausmann. Die 7. Sinfonie in E-Dur, im Jahre 1884 von Richard in Leipzig zum erstenmal aufgeführt, hat Brückners Namen in der ganzen Welt berühmt gemacht.

Dantons Tod von Georg Büchner. Die erste künstlerische Veranstaltung des Volkshausbundes — Rezitation am 15. April im Rathssaal — wird einen zeitgemäßen Inhalt haben. Nicht im Sinne niedriger Aktualität, wohl aber in einem höheren, geistigen — insofern das zu Gebote gebrachte Werk Ideeninhalt birgt, die uns alle heute wieder auf des heftigste bewegen. Wir leben in diesem Drama aus der französischen Revolution, das vor mehr als achtzig Jahren geschrieben wurde, mit Erstaunen die gleichen Taten wie heute im politischen Leben ihre Rolle spielen, wir hören die gleichen Schlußworte, von denen heute Versammlungen und Reden widerhallen, wir erleben den Kampf zwischen den gemäßigten und den radikalen Strömungen der Revolution. Der Autor, dem es mit dichterischer Intuition gelang ist, aus einer entfernten Welt die Bede des Ewig-Menschliche herauszutrennen, daß es noch heute wie etwas Gegenwärtiges wirkt, wäre wohl einer der größten deutschen Dichter geworden, wenn ihm das Schicksal ein längeres Leben gesandt hätte. — Georg Büchner starb mit 29 Jahren. Sein Hauptwerk „Dantons Tod“, das noch vor Jahresfrist vielleicht nur dem Kunstkenner ein akademisches Interesse abgenötigt hätte, ist heute wie kaum ein zweites Werk geeignet, zum großen Volk zu sprechen. Der bevorstehenden Rezitation des Werkes, das sich seiner Struktur nach für den Vortragssaal besonders eignet, darf daher mit Interesse entgegengegangen werden.

Letzte Nachrichten.

Zu den Unruhen in Düsseldorf.

Berlin, 11. April. Laut „Berl. Volk-Anz.“ forderten die Düsseldorf Unruhen der letzten Tage bis zum gestrigen Abend 175 Tote und 180 Verwundete, darunter 8 Tote und 24 Verwundete auf Seiten der Regierungstruppen. Hierbei sind die Opfer der vergangenen Nacht noch nicht eingerechnet. Während die Spartakisten verurteilt, den Hauptbahnhof von verschiedenen Seiten zu stürmen. Die Regierungstruppen haben bisher alle Angriffe zurückgewiesen, so einen starken Angriff auf das Gefängnis, das die Spartakisten mit Maschinengewehren und Handgranaten erobern wollten.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Kibel; für Sachliche Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Feuilleton Hermann Winter; für den Angelegenheit Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Naturfreunde.) Heute abend 8 Uhr Ausflugs- und Kommissionsm. (Lieber-Sitzung im Lokal. 2800

Wirte-Organisationen der Karlsruhe

Dienstag, den 15. April ds. Js.
nachmittags punkt halb 3 Uhr
findet im Colosseums-Saale eine

öffentliche Wirte-Versammlung

statt, in der zum Vorgehen der Regierung in der Lebensmittel-Versorgung Stellung genommen wird.

Kollegen und Kolleginnen aus Stadt und Land erscheint in Massen! Die Versammlung muß eine machtvolle Kundgebung unseres in seiner Existenz bedrohten Gewerbes werden. Alle beteiligten Behörden und Interessenten sind eingeladen.

Die Arbeits-Gemeinschaft der
Wirteorganisation von Karlsruhe u. Umgebung.

In meinem
Stadtlager, Rüppurrerstraße 8
ist von morgens 8 bis 12 und nachmittags von 2 bis
halb 6 Uhr Gelegenheit geboten sich mit 2705

Buchen- und Anfeuer-Holz

zu den festgesetzten Preisen einzubeden.

Carl Zinkelstein

Holz- und Kohlenhandlung.
Rüppurrerstr. 8. Telephon 5113.

Stechzwiebeln
(Charlotten), 8—10 Pfund
zu verkaufen. 2798
Getto,
Offenweinstraße 30, IV., r.

Nebenverdienst!
Echt. Hilfe beim Aufbau der Existenz und dauernd
des hohen Einkommens! Keine Versicherung!
Kein Verkauf an Bekannte! Keine Schreibarbeiten!
Bequem im Hause! Ausführende Wege! Viele
Anerkennungen. Verlangen Sie Prospekt Nr. 80
von Adresse: Schlichtbach 124, Dresden-N. 1.

ALS SACHVERSTÄNDIGER FÜR ELEKTROTECHNIK UND MASCHINENBAU
EMPFEHLT SICH AB 1. JULI 1919
EUGEN GÖHLER
BERATENDER INGENIEUR 2793
LANGJ. INGENIEUR BEIM
STÄDT. ELEKTROIZITATSWERK KARLSRUHE
BÜRO: DRAGONERSTRASSE 9.
* KARLSRUHE — FERNSPRECHER NR. 3327. *

Kommunalverband Karlsruhe-Stadt.

Höchst- und Niedrigpreis

Gültig in der Zeit vom 14. bis 20. April 1919
erzwinglich für die Stadt Karlsruhe und die Gemein-
den des Amtsbezirks Karlsruhe.

Gemüse	Pfg.	Gemüse	Pfg.
Winterkohl . . .	20*	Rettich	280
Rotkraut	40	Sellerie	60
Weißkraut	30	Rauw	40
Spinat	50	Schnittkohl	20
Spießmöhren, rot	25	Meerrettig	70—100
gelb	20	Kettig	Stück
Karotten, lange u.	30		8—15
runde	30		Pfund
Milben, rot	25	Zwiebeln	65
Bodenbohnen . . .	12	Sauerkraut	25
Feldsalat	100	Eingemachte Milben	16
Streifenalat	180		

In allen Waren, sowohl an den Märkten wie in
sämlichen Verkaufsstellen, sind die Preise in deutliche
sichtbarer Weise auf festem Material anzubringen.
Das Zurückhalten angebotener verkaufter Waren ist
verboten. Jede Ware, die auf dem Wochenmarkte ist,
auch vom Beginn und während der ganzen Dauer des
selben im Kleinen an jedermann abgegeben werden.
Die mit einem Stern versehenen Preise sind Höchst-
preise.
Karlsruhe, den 11. April 1919. 2569
Preisprüfungsstelle für Marktwaren.

Dienstag den 15. April 1919, abends 8 Uhr,
im großen Saale der Eintracht:

Versammlung

der Gewerbe- u. Handelstreibenden
von Karlsruhe u. Umgeb.

Tages-Ordnung:
Stellungnahme gegen die geplante Sozialisierung
der Handels- und Gewerbebetriebe.
Redner: Hans Endres, Spindlhuber der Handwerker-
kammer. 2801

Wichtig! Wir bitten dringend alle Interessenten,
Männer und Frauen, um ihr Erscheinen.

Detaillisten-Vereinigung Karlsruhe (G.V.)
**Vereinigung der Karlsruher Handwerker und
Gewerbebetreibenden.**
Rabatt-Spar-Verein Karlsruhe (G.V.)

Für die vielen wohnenden Beweise herzlicher
Teilnahme bei dem und so schwer betroffenen
Verluste unseres lieben Bruders, meines ge-
liebten Bräutigams

Heinrich Schirmmeister

sagen wir Allen, insbesondere der Karlsruher
Volkswehr, Revier III, innigsten Dank. 2809
Karlsruhe, 14. April 1919.

Geschwister Schirmmeister
Berita Reiningger, Braut.

Allgem. Ortskrankenkasse Rastatt-Stadt.

Am Mittwoch, den 16. April 1919, abends
7 Uhr, findet im Gasthaus „zur Sonne“, Ecke
Kaiser- und Kapellenstraße hier, eine

Ausschuß-Sitzung

statt mit folgender Tagesordnung:

1. Rechnungsabluß für 1918.
2. Voranschlag für 1919.
3. Beitragsverhöhung.
4. Verschiedenes.

Zu dieser Sitzung ergeht hiermit an die verehr-
lichen Ausschußmitglieder höfliche Einladung mit dem Bemerken,
daß dieselben außerdem noch besondere Einladung erhalten.
Die Sitzung wird pünktlich eröffnet werden.
Rastatt, den 1. April 1919. 2800

Der Vorsitzende.
Martin Schwab.

Arbeiter - Singsverein „Freiheit“ Offenburg.

Am Mittwoch, 16. April, abends 8 Uhr, in
der „Mittelhalle“:

General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Begrüßung der zurückgekehrten Krieger.
2. Neuwahl des Gesamtvorstandes.
3. Verschiedenes, Wünsche und Anträge.
Um zahlreiches Erscheinen der aktiven und passiven
Mitglieder wird gebeten, ferner sind die dem Verein
noch Fernstehenden freundlichst eingeladen. 2810

Der Vorstand: Buchholz.

Hansen u. Ziegenfelle
Gläser, Linsen, Pappe,
Metalle, Treifen, alle
werden gekauft und gut
bezahlt. 2652
S. Sonntag, Karlsruhe, Wald-
straße 19. Telephon 2161. 2835
horowitzsche 37.

ROTKOHL

durch Salzen in Fässern haltbar gemacht, ist nach dem Wässern das beste Gemüse für den bürgerlichen Tisch. In gleicher Weise zu Dauerware verarbeitet, sind folgende Gemüse vorrätig:

Wirsingkohl ist ein zartes schmackhaftes, sehr zu empfehlendes Gemüse, das viel Beifall finden wird.

Auch **Spinat** ist ein ganz vorzügliches Nahrungsmittel für den bürgerlichen Tisch. Er wird sowohl in Blättern geliefert, wie er auch tafelfähig gehackt (passiert) hergestellt ist. Infolge der nassen Zubereitung sind die Blätter lappig und dunkelfarbig geworden. Ein mehrmaliges Durchwaschen vor dem Kochen wird besonders empfohlen. Der passierte Salat muss nach dem Wässern durch ein Tuch gegossen werden, da sonst leicht die kleinen Teilchen verloren gehen.

Weisskohl ist nicht zu verwechseln mit Sauerkohl. Dieser wird durch Säuern haltbar gemacht und hat damit seinen natürlichen Zustand verloren. Salzweisskohl hat aber diesen Naturzustand vollständig behalten und kann nach dem Wässern in jeder Form genossen werden: als Gemüse, als Schmorkohl, Irish stew usw. — Es ist ratsam, die grösseren Stücke zum Wässern auseinander zu brechen, damit das Salz besser entfernt werden kann.

Bohnen sogenannte Fassbohnen, sind der Hausfrau auch in der Zeit vor dem Kriege bekannt gewesen. Sie sind so wie die sonst in Büchsen konservierten Bohnen entfädelt und geschnitten oder gebrochen. Sie können als Gemüse oder Salat auf den Tisch gebracht werden. Die Art der Zubereitung ist bekannt.

Der Vertreter

kann seine Kundschaft in den meisten Fällen mit der Ware derjenigen Fabrik bedienen, die er in Friedenszeiten vertreten hat. Ist eine solche unbekannt, so ist die Redakt. dieses Blattes gern bereit, Auskunft zu erteilen.

Der Großhändler

wendet sich, um die Ware in Wagenladungen zu beziehen, an seinen Gemüsekonserven-Vertreter, der ihm mit Verkaufsbedingungen und allen sonstigen Einzelheiten an Hand gehen kann.

Vertreter: **W. Kuhne Gg. Fischers Nachf., Kriegstrasse 172.**

Lebensmittel-Verteilung

in der Woche vom 14. April bis 20. April 1919.

1. Teigwaren (Wasserware) 1/2 Pfund gegen die Marke E Nr. 109. Preis 70 Pfg. für ein Pfund Nohlmehl, 66 Pfg. für ein Pfund Nohlmehl.
 2. Grünlinsen und Grünlinsenmehl 1/4 Pfd. gegen die Marke F Nr. 109. Preis 68 Pfg. für das Pfund Grünlinsen Loh oder 1 Viertel-Pf. Paket Grünlinsenmehl.
 3. Kochfertige Suppen (eigene Herstellung) 1/2 Pfund gegen die Marke H Nr. 109. Preis 82 Pfg. für 1/2 Pfund.
 4. Marmelade 1 Pfund gegen die Marke K Nr. 109. Preis M. 1.— für das Pfund.
 5. Bohnenkaffee gebrannt Sammelmarken für Wirtschaften werden nicht eingelöst. 1/2 Pfund gegen die Marke J Nr. 109. Preis M. 1.— für 1/2 Pfund.
 6. Fett (Butter und Margarine) 100 gr gegen die Fettmarken A und B Nr. 109 und zwar in den Fettverkaufsstellen Nr. 201 bis 236 a: Dienstag, den 15. April, bis Donnerstag, den 17. April; Nr. 237 bis 291: Donnerstag, den 17. April, bis Samstag, den 19. April 1919. — In den Geschäften Nr. 237 bis 265 a wird Landbutter in den übrigen Geschäften Tafelbutter abgegeben. Der Preis für Margarine ist M. 2.20 für das Pfund.
 7. Eier (frische Landeier) 1 Ei gegen die Eiermarke Nr. 110 von Dienstag den 17. April bis Samstag den 19. April 1919, in sämtlichen Eierverkaufsstellen, zum Preis von 86 Pfg. für das Stück. — Sammelmarken werden mit 3 Eiern für 5 Personen eingelöst.
 8. Frischbrot 1 Bäckung gegen die Hausmarken A oder B Nr. 43 in den allgemeinen Lebensmittelgeschäften Nr. 200 bis 337 und Nr. 390. Preis M. 1.50 für die Bäckung. Die diesmal nicht zur Einlösung gelangenden Hausmarken Nr. 43 sind aufzubewahren bis sie aufgerufen werden.
 9. Kondensierte Milch und Trockenmilch. 1 Dose kondensierte Milch gegen die Hausmarken A Nr. 44; 1 Dose kondensierte Milch und 100 gr Trockenmilch gegen die Hausmarken B Nr. 44. Preis M. 2.10 für 1 Dose kondensierte Milch und 66 Pfg. für 100 gr Trockenmilch.
 10. Gebäck. 1 Paket Kekse gegen die Hausmarken A Nr. 44 und 1 Paket Kekse, sowie 1 großes Paket oder 2 kleine Pakete Zwieback gegen die Hausmarken B Nr. 44 zu den aufgedruckten Kleinverkaufspreisen.
 11. Holsteiner Weiskraut, getrocknet, markefrei zum Preise von M. 2.25 für das Pfund in allen Lebensmittelgeschäften.
 12. Stöckfische, frisch gewässert, in den städtischen Verkaufsstellen, den Fischhandlungen und einschlägigen Geschäften markenfrei. Preis M. 1.40 für das Pfund.
 13. Kindernährmittel 1 Paket von 250 gr zu 60 Pfg. gegen die Fischmarken für Kindernährmittel B Nr. 109.
 14. Sauerkraut in den städt. Verkaufsstellen und auf den Märkten markenfrei zu 25 Pfg. für das Pfund laut besonderer Bekanntmachung.
 15. Fleisch laut besonderer Bekanntmachung.
 16. Kartoffeln 4 Pfd. gegen die Kartoffelmarke B Nr. 109.
- II. Die Verteilung der Waren erfolgt ab Dienstag, den 15. April 1919.
- III. Frist für Abrechnung und Ablieferung der Marken: Für Fett jeweils 2 Tage nach Ablauf der Verkaufzeit und für die anderen Waren Mittwoch, den 23. April 1919.
- IV. Für die Woche vom 21. April bis 27. April 1919 sind zur Verteilung vorgesehen:
- | | |
|--------------------------------|------------------|
| Teigwaren, 1/2 Pfd. | Auer |
| Kochfertige Suppen, 1/2 Pfd. | Fett |
| Maggiwuppen, 50 g od. 1 Würfel | Stöckfische |
| Reis, 50 g | Kindernährmittel |
| Frischbrot | Sauerkraut |
| Holsteiner Weiskraut | Kartoffeln |
- Karlsruhe, den 11. April 1919. 2804
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Sauerkraut

bis auf weiteres an Werktagen von 9 bis 11 Uhr vormittags Kaiser-Allee 21, jedoch nur in Mengen von 50 Pfund und gegen Barzahlung erhältlich. Käufer sind nachzuringen. Kleine Mengen Sauerkraut werden in den städtischen Verkaufsstellen und auf den Märkten markenfrei abgegeben, zum Preise von 25 Pfg. für das Pfund. 2812
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Lieferung von

Saat-Kartoffeln.

Die Besteller von Saatkartoffeln werden hiermit beauftragt, ihre vom Kommunalverband ausgestellte Besatzbescheinigung beim Förster im Rathaus oder bei der Untergelch neten abzugeben. 2808

Städtische Gutsverwaltung Karlsruhe-Kuppurr.

Keine Wanzemehr für nur mit Kammerjäger Berg's Nicolaal u. H. zu erzielen. Jetzt beste Zeit zur Brutvernichtung. Erfolg verblüffend. Kinderleicht anzuwenden. Gesetzlich geschützt. — Viele Dankschreiben. Doppelpack. M. 2.—. Ausreichend für 1-3 Zimmer u. Bett. Verkauf: Fidelitas-Drogerie, Karlstr. 74. Bei Eins. v. M. 2.40, oder Postscheckkonto Berlin 31286 portofreie Zusendung nach auswärts durch Herm. A. Groessel, Berlin, Königgrätzer Strasse 49.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund!

Daniels 2807
Konfektionshaus
Wilhelmstr. 34, 1 Tr.
Seiden-Mäntel
Seiden-Jacken
Seiden-Röcke
zu billigen Preisen.

J. Hartmann 2701
Karlstr. 22, Stb. 2. St.,
empfehlen
Moderne Blusen
in Seide, Tüll und Voile,
Sportjacken, Kostüme
Mäßige Preise.

**Mandolinen,
Gitarren, Zithern**
werden fortwährend ange-
kauft in 2812

**Weintraubs An- und
Verkaufsgeschäft,**
Kronenstr. 52. Tel. 8747.

**Dienstmädchen
aufs Land** 2808
sofort gesucht.
Arbeitsnachweis der bad.
Landwirtschaftskammer,
Karlsruhe, Steinenstr. 43.

**Leder-Reisetaschen
Leder-Schulranzen
Damentaschen
Brieftaschen
Geldbeutel, sowie
Seidenbeutel** 2794
Wachstuch-
Schultaschen und
Frühstücks-Taschen
Ia. Stoff-Rucksäcke
mit breiten
Lederriemen
solange Vorrat.
Kofferhaus
Geschw. Lämmle
51 Kronenstr. 51.

Aufruf

an die Einwohnerschaft Karlsruhes.
Im Einvernehmen mit dem städt. Wohnungsamt richten wir an die Einwohnerschaft Karlsruhes die dringende Bitte, uns bei der Beschaffung von Wohnungen für unsere Komilitonen behilflich zu sein. Es handelt sich darum, daß Familien, welche eine größere Wohnung inne haben und in der Lage sind, einzelne möblierte Zimmer mit Beleuchtung an Studierende zu vermieten, dies baldmöglichst dem städt. Wohnungsamt unter Angabe der Preise mitzuteilen. Da in Folge infolge der sich stetig steigenden Wohnungsnot, eine stromsammelnde Verteilung von Mietern in Aus- und befriedigter Räume nicht nur eine stromsammelnde Verteilung herbeiführen, sondern zugleich der studierenden Jugend der Freizeitaner bei der jetzt herrschenden Wohnungsnot ein nicht dankbar genug zu begründendes Entgegenkommen seitens der hiesigen Einwohnerschaft erwiesen werden. Handelt es sich doch in der Mehrzahl um Kriegsteilnehmer, die im Dienste des Vaterlandes ihre Studien haben unterbrechen müssen, und jetzt zum Teil vergebens nach einer Unterkunft suchen. Wir hoffen, daß dieser Ruf nicht ungehört verhallt und bitten baldmöglichst recht zahlreiche Anmeldungen unmittelbar an das Sekretariat der techn. Hochschule richten zu wollen.

Das akademische Wohnungsammt.
Dr. Jausrat, d. z. Rektor. 2724
A. v. Oeschel-Häuser, Professor.
H. W. Mayer, cand. arch., Vorsitzender des
Studentenverbandes.

L. B. „Die Naturfreunde“
Ortsgruppe Karlsruhe.
Freitag, 25. April, abends 1/8 Uhr,
Vortrag
von Herrn Professor Paulke

Meine Erlebnisse in Wien
mit Lichtbildern in der Technischen Hochschule.
Karten à 50 Pfg. im Vereinslokal „Camorinus-
halle“ und bei den Ausführgmitgliedern. 2799

Dr. med. Otto Bloos, Arzt
wohnt jetzt
Friedenstr. 8.
Sprechstunden: 1/9—1/10, 1—2, 5—6 Uhr.
Fernruf 2368. 2715

Dr. med. Rud. Rosenthal
wohnt jetzt
Auer-Strasse 13
gegenüber Haltestelle Gartenstadt.
Sprechstunden: Werktags 2 1/2—4 Uhr,
ausserdem Montags und Donnerstags
von 5—1/2 Uhr. — Fernruf: 3207. 2802

Städtisches Konzerthaus.
Montag, den 14. April 1919. 2743
Vorstellung des Badischen Landestheaters.
Montagsmiete Nr. 29. 2708
Lucia von Lammermoor
Oper in drei Akten von Salvator Cammerano.
Musik von G. Donizetti.
Anfang 7 Uhr. Ende 1/10 Uhr.

Mittwoch den 16. April, 1/8 Uhr:
4. Sinfoniekonzert
der Kapelle des Landestheaters.
Mitwirkende: Josef Peischer u. Paul Trautvetter.
Vortragsfolge:
1. Brahms' Doppel-Konzert für Violine und
Violoncello mit Begleitung des Orchesters.
2. Brückners 7. Sinfonie E-dur für großes
Orchester. 2785
Eintrittspreise: 1—5 Mark.

Colosseum.
Montag, den 14. April 1919:
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Dienstag, den 15. April 1919:
Almenrausch u. Edelweiß.
Mittwoch, den 16. April 1919:
Der Pfarrer von Kirchfeld. 2769

